

23/MT-BR/2014

**MITTEILUNG**  
**an das Europäische Parlament und den Rat**  
**gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG**  
**des EU-Ausschusses des Bundesrates**  
**vom 13. Februar 2014**

**COM (2013) 822 final**

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über  
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder**

Mit dem vorgelegten Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates sollen EU-weit gemeinsame Mindestvorschriften für die Rechte von Kindern, die Verdächtige oder Beschuldigte im Strafverfahren sind oder gegen die ein Verfahren auf der Grundlage des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI („Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls“) anhängig ist, festgelegt werden.

Die Richtlinie stützt sich auf die Artikel 3,5,6 und 8 EMRK in der Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der in seiner Rechtsprechung Standards zu besonderen Garantien für schutzbedürftige Personen, insbesondere Kinder, festlegt und fördert so gleichzeitig die Anwendung der Charta, insbesondere ihrer Artikel 4,6,7,24,47 und 48. Dem EGMR zufolge setzen ein faires Verfahren und die Ausübung des Rechts auf ein faires Verfahren unter anderem voraus, dass der Betreffende versteht, um was es bei dem Verfahren im Wesentlichen geht, und dass er in der Lage ist, an dem Verfahren teilzunehmen, seine Rechte wirksam auszuüben und vom Schutz der Privatsphäre zu profitieren.

Die im Vorschlag erwähnte Schulung für Mitarbeiter von Justiz- und Strafverfolgungsbehörden sowie Gefängnisbediensteten, die Fälle mit Beteiligung von Kindern bearbeiten, hat ein Vorbild in der österreichischen Rechtslage (§ 30 JGG) und ist daher besonders hervorzuheben. Diese Personen müssen für kindgerechte Verfahrensabläufe sorgen. Dies soll durch Schulungen in

den Bereichen Kindesentwicklung und Kinderpsychologie, durch die Schulung pädagogischer Fähigkeiten und die Kommunikation mit Kindern jeglichen Alters und aller Entwicklungsstadien und in Bezug auf Kinder, die sich in besonders prekären Situationen befinden, erreicht werden.

Abschließend möchte der EU-Bundesrats-Ausschuss auf die in Österreich seit langem etablierten und gut arbeitenden Einrichtungen Jugendgerichtshilfe und Bewährungshilfe hinweisen und empfehlen, diese bei den weiteren Verhandlungen zur gegenständlichen Vorlage zu berücksichtigen.

Der vorliegende Vorschlag der Kommission wird daher ausdrücklich begrüßt.